



ISIS

SENIORENBUND Info-Service

KW 9-10 |
27. Februar – 9. März 2017



Seniorenbund: „VOR - Wir haben uns durchgesetzt!“

Korosec: VOR – Entwerter-Wiederinbetriebnahme in der Umgebung Wiens!.....**Seite 4**

Aubauer berichtet aktuell aus dem Parlament!.....Seite 6

Becker: EU-Sozialgipfel überrascht mit positivem Ergebnis!

Konkrete Maßnahmen für "Aktives Altern" im Arbeitsleben / "Davon profitieren alle"!.....**Seite 10**



INHALT

VORWORT von Ingrid **KOROSEC**, Präsidentin des ÖSB3

SENIOREN & MOBILITÄT

Korosec: VOR – Entwerter-Wiederinbetriebnahme in der Umgebung Wiens4

INTERNATIONALER TAG DER FRAUEN

Frauentag: Seniorenbund fordert Polit-Diskussion zur Teilzeitarbeit4

ARBEITSMARKT

Equal Pay Day: Korosec fordert für Frauen „gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit“5

Arbeitslosigkeit: Seniorenbund fordert mehr Hilfe für Ältere5

LIVE AUS DEM PARLAMENT

Abg.z.NR. Mag. Gertrude Aubauer aktuell aus dem Nationalrat zum Thema Arbeitsmarkt.....6

Abg.z.NR Mag. Gertrude Aubauer aktuell aus dem Nationalrat zum Thema Soziales7

POLITIK

NÖ Seniorenbund: Nowohradsky wiedergewählt – Korosec gratuliert.....8

Korosec gratuliert Rendi-Wagner: „Ausgezeichnete Zusammenarbeit fortsetzen“9

1,5 Mio. Euro für VKI: Österreichischer Seniorenbund begrüßt Finanzierung.....9

SOZIALES

Seniorenbund begrüßt Unterstützung für Heimopfer 10

EUROPA

Becker: EU-Sozialgipfel überrascht mit positivem Ergebnis 10

Becker: Der Sonntag soll arbeitsfreier Tag bleiben 11

Becker / Graswander-Hainz: EU fördert mit 6 Millionen Euro Special Olympics in Schladming 11

Becker fordert "Registrierung, wer wann wo nach Europa einreist" 12

Newsletter der Europäischen Senioren Union (ESU) 13

MIT DEN BESTEN EMPFEHLUNGEN ...

Politische Akademie der ÖVP 17

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Seniorenbund, Bundesorganisation, ZVR-Zahl: 537793553 (Zentrales Vereinsregister), 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7, Tel. 01/40126/DW 422. Hersteller: Digitaldruck, 2544 Leobersdorf, Eitzenberger Str. 8.

Offenlegung laut Mediengesetz: Das SIS (Seniorenbund Info-Service) ist das wöchentliche Mitteilungsblatt der Bundesorganisation des Österreichischen Seniorenbundes und dient der Information in seniorenspezifischen Angelegenheiten. Für den Inhalt verantwortlich: GS MEP Heinz K. Becker, 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7; bundesorg@seniorenbund.at



Präsidentin INGRID KOROSEC

ZUR AKTUELLEN SENIORENPOLITIK IN ÖSTERREICH

Foto: Sabine Klimpt/ÖSB

Liebe Seniorinnen und Senioren!

Sprachrohr zu sein für die Mitglieder ist eine zentrale Funktion des Österreichischen Seniorenbundes. Dank unserer Lautstärke finden wir auf politischer Ebene ausreichend Gehör, wie zahlreiche Fälle allein aus den vergangenen Monaten zeigen. Ich erwähne hier nur das Thema Gesundheit im neuen Arbeitsprogramm der Bundesregierung, wo der Seniorenbund direkte Gespräche mit der leider viel zu früh verstorbenen Ministerin geführt hat.



Der aktuellste Fall unseres erfolgreichen Engagements im Sinne der älteren Generation ist jener des Verkehrsverbund Ost-Region (VOR), wo wir eine wesentliche Nachbesserung beim Seniorenfahrtschein erkämpfen konnten. Worum es ging: Im Wiener Umland waren zunächst sämtliche ÖBB-Entwerter außer Betrieb genommen worden. Dies hatte zur Folge, dass Personen, die keine VorteilsCard Senior besitzen und in Wien mit ermäßigten Seniorenfahrtscheinen unterwegs sind, den „2-Fahrten-Fahrtschein Wien Senioren“ nicht in Anspruch nehmen konnten, wenn sie mit der Bahn von außerhalb Wiens in die Bundeshauptstadt fahren wollen.

Mit Anrufen, Briefen und Mails traten erzürnte Seniorinnen und Senioren an uns mit der Bitte heran, angesichts dieses „Schildbürgerstreiches“ aktiv zu werden. In konstruktiven Gesprächen zwischen Seniorenbund und VOR konnte bereits nach wenigen Wochen eine befriedigende Lösung im Sinne unserer Mitglieder erzielt werden: Die ÖBB-Entwerter im Umland Wiens wurden wieder in Betrieb genommen. Problem erkannt, Lösung erreicht.

Herzlich

Abgeordnete zum Wr. Landtag Ingrid Korosec
Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes



SENIOREN & MOBILITÄT

Wien, 1. März 2017

Seniorenbund: „VOR - Wir haben uns durchgesetzt!“

Korosec: VOR – Entwerter-Wiederinbetriebnahme in der Umgebung Wiens

„Nach intensiven Verhandlungen hat sich der Seniorenbund gemeinsam mit dem Seniorenrat im Sinne der Seniorinnen und Senioren wieder einmal durchsetzen können. Dass der Verkehrsverbund OST (VOR) im Richtungsstreit rund um die Wiederinbetriebnahme der Entwerter in der Umgebung Wiens eingelenkt hat, basiert auf vielen konstruktiven und lösungsorientierten Gesprächen. Viele, die uns geschrieben, gemailt oder auch angerufen haben, um Ihre Problemlage zu schildern, haben uns dementsprechendes Gewicht verliehen – und dafür möchten wir uns auch sehr herzlich bedanken!“, zeigt sich Ingrid Korosec, Präsidentin des

Österreichischen Seniorenbundes, erfreut über das positive Ergebnis rund um die VOR Entwerter-Thematik. „Wir haben das Problem erkannt und mit Zähigkeit eine Lösung erzielen können. Einmal mehr war das Bohren der so berühmten harten Bretter

ausschlaggebend für eine Erleichterung entsprechend den Seniorinnen und Senioren“, so Korosec abschließend.



INTERNATIONALER TAG DER FRAUEN

Wien, 7. März 2017

Frauentag: Seniorenbund fordert Polit-Diskussion zur Teilzeitarbeit

„Altersarmut durch verpflichtendes Pensionssplitting bekämpfen“

Anlässlich des morgigen Internationalen Frauentages fordert Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, eine breite politische Diskussion über die Teilzeitarbeit in Hinblick auf die zu erwartende Pensionshöhe. „Ziel muss es sein, das Einkommen teilzeitbeschäftigter Frauen gegenüber dem Einkommen arbeitsloser Personen schärfer abzugrenzen und die Pensionen der Arbeitenden stärker zu erhöhen. Dieser Unterschied ist heute oft nur minimal. Wo bleibt da der Anreiz zu

arbeiten? Ich fordere eine öffentliche Diskussion unter Einschluss der Politik. Es geht darum, Altersarmut zu verhindern“, sagt Korosec. Es sei Aufgabe der Politik, mehr Aufklärungsarbeit im Bereich Teilzeitbeschäftigung zu leisten. Jede Frau solle wissen, was es im Hinblick auf ihre zu erwartende Pension heiße, teilzeitbeschäftigt zu sein. Die Entscheidung, einer Teilzeitarbeit nachzugehen, falle zudem nicht immer aus freien Stücken, sondern werde oft von der Umwelt „aufgezwungen“, berichtet



Korosec und verweist auf ihre langjährige Forderung nach mehr Kindergärten und längeren Öffnungszeiten. „In diesem Zusammenhang fordert der Seniorenbund vom Gesetzgeber, das derzeit freiwillige

Pensionssplitting zwischen den Ehepartnern auf eine verpflichtende Basis mit der Möglichkeit des Opt-Outs umzustellen“, so Korosec abschließend.

ARBEITSMARKT

Wien, 3. März 2017

Equal Pay Day: Korosec fordert für Frauen „gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit“

Seniorenbund-Präsidentin: „Regierungsprogramm umsetzen“

Für Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern noch immer zu hoch. Anlässlich des morgigen „Equal Pay Day“, der jedes Jahr traditionellerweise die ungleichen Bruttojahreseinkommen der beiden Geschlechter zum Thema hat, fordert Korosec mehr Gerechtigkeit gegenüber Frauen, die „für die gleiche Arbeit noch immer weniger Geld bekommen als Männer“. „Es kann keine Gleichberechtigung im Leben ohne Gleichheit bei der Bezahlung im Beruf geben. Die finanzielle Benachteiligung der Frauen muss daher ein Ende haben“, so Korosec. Von der Regierung fordert sie, das im Regierungsprogramm verankerte Ziel „Gleicher Lohn für gleichwertige

Arbeit – Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt“ möglichst rasch umzusetzen. Dazu bedürfe es unter anderem eines größeren Anteils an Frauen in führenden Positionen, ergänzt Korosec. Eine weitere Forderung der Seniorenbund-Präsidentin: der bundesweite Ausbau des Kindergartenwesens. „Mehr Kindergärten und längere Öffnungszeiten geben Frauen neue Chancen, von der Teilzeit wegzukommen“, so Korosec. Die letzten verfügbaren Daten (2015) der Statistik Austria zur Einkommenssituation von Frauen und Männern zeigen, dass unselbständig beschäftigte Frauen im Jahr 2015 mit 20.334 Euro um 38,4% weniger verdient haben als Männer mit 33.012 Euro brutto.

Wien, 2. März 2017

Arbeitslosigkeit: Seniorenbund fordert mehr Hilfe für Ältere

Korosec: „Stöger bekommt das Problem nicht in den Griff“

Der ungebremst starke Anstieg der Arbeitslosenzahlen bei älteren Menschen stößt bei der Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes Ingrid Korosec auf Unverständnis. Für den Jänner 2017 weist die Arbeitslosenstatistik des AMS bei der Gruppe von Arbeitssuchenden über 50 Jahren ein Plus

von 6,8 Prozent gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres aus. Bei gesundheitlich beeinträchtigten Personen beträgt der Anstieg sogar 8,2 Prozent. „Es ist unverständlich, dass der zuständige Sozialminister Alois Stöger das Arbeitslosenproblem bei den 50+ offensichtlich nicht in den Griff bekommt.

Ich verlange, dass endlich effiziente Maßnahmen gegen die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit bei dieser Altersgruppe ergriffen werden. Die an sich zu begrüßende Beschäftigungsaktion 20.000 kann hier nur ein Anfang sein. Weitere Arbeitsmarktinitiativen müssen folgen“, so Korosec.



Foto: Fotolia

LIVE AUS DEM PARLAMENT



Gertrude Aubauer
Abgeordnete zum Nationalrat

Abg.z.NR. Mag. Gertrude Aubauer aktuell aus dem Nationalrat zum Thema Arbeitsmarkt

Herr Präsident!
Herr Minister!
Hohes Haus!

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit wieder auf die Sorgen und Probleme älterer Arbeitskräfte lenken. Wir erleben das ja immer wieder: Ein 50-Jähriger verliert seinen Job, startet einen oft sehr aufwendigen Bewerbungsmarathon, es hagelt ständig Ablehnungen, und schließlich stürzt er in ganz große Verzweiflung – ein ernstes Problem. Wenn Menschen über 50 ihren Job verlieren, dann ist das meist ganz besonders dramatisch.

Halten wir uns Folgendes vor Augen: Im Februar ist die Zahl der Arbeitsuchenden ab 50 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 6 Prozent gestiegen. Insgesamt sind derzeit mehr als 60 000 Arbeitsuchende

bereits länger als zwölf Monate vorgemerkt, das sind um 11,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Warum bringe ich diese Zahlen so ausführlich? – Weil dahinter ganz dramatische Schicksale stehen und wir alles tun müssen, um diesen älteren Menschen wirklich gut zu helfen. Deshalb gibt es auch die Beschäftigungsaktion 20 000 im neuen Regierungsprogramm. Wir setzen sehr viel Hoffnung in diese Aktion. Ablaufen soll das so: Für über 50-jährige langzeitarbeitslose Menschen wollen wir 20 000 Arbeitsplätze pro Jahr in Gemeinden und gemeinnützigen Vereinen schaffen beziehungsweise fördern.

Viel Erfolg versprechen auch die Maßnahmen, die wir heute schon



beschließen; jetzt bin ich beim heutigen Gesetzentwurf. All diese Maßnahmen sind unter folgendem Motto zu sehen: lieber frühzeitig vorbeugen, damit eben den Älteren das Schicksal erspart bleibt, arbeitslos zu werden.

Wo wollen wir da ansetzen? – Einige Kollegen haben ja schon Beispiele gebracht: Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger soll frühzeitig eingreifen, er soll bei längeren Krankenständen die Arbeitskräfte zu einem Gespräch einladen. Man wird gemeinsam herausfinden, wie jemand die Gesundheit wieder erlangen kann, wie er sie erhalten kann, wie er im Job gesund bleiben kann. Ziel ist es auf jeden Fall, und das ist uns sehr, sehr wichtig, ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Job zu verhindern.

Es ist nicht nur wichtig, frühzeitig Hilfe anzubieten, sondern es ist auch sehr, sehr wichtig, ganz gezielt Hilfe anzubieten, zum Beispiel sollen in der Reha medizinische Maßnahmen genau auf den Job zugeschnitten sein, auf den Job, in den man wieder einsteigen will, oder den Job, den man anstrebt. Eine dieser Maßnahmen kann beispielsweise ein ganz spezielles Arbeitsplatztraining sein, zum

Beispiel ein Kurs, ein Training zur Stressbewältigung oder zur Konfliktlösung am Arbeitsplatz.

Brauchen wir das? – 39 Prozent aller Österreicher fühlen sich durch Stress im Beruf erheblich beeinträchtigt. Am meisten gestresst sind die Lehrer, gefolgt von Beschäftigten in Handel und Transportwesen. Diese Befragung des market Instituts im Auftrag der Allianz Versicherung ist ganz aktuell und alarmierend, so sehe ich das. Beinahe jeder Vierte bezeichnet sich schon als von burn-out-gefährdet.

Wie immer man das interpretiert: Wichtig ist für uns, Menschen zu helfen, ihre Arbeitsfähigkeit nicht zu verlieren. Entscheidend ist, während beziehungsweise nach einer Reha wieder in den Job zurückzufinden, im Job die Gesundheit länger zu erhalten, rechtzeitig umzuschulen, wenn schon vorauszusehen ist, dass man aus dem angestammten Job nicht in Pension gehen kann.

All diese Ziele wollen wir erreichen, und all diese Ziele sind durch die neuen Maßnahmen gut erreichbar. Wir sind da sehr zuversichtlich. – Danke.

Abg.z.NR. Mag. Gertrude Aubauer aktuell aus dem Nationalrat zum Thema Soziales

Herr Präsident!
Sehr geschätzter Herr Minister!
Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht haben Sie es ja in den letzten Tagen auch mit Freude gelesen: Britische Forscher bestätigen, dass unsere Lebenserwartung weiterhin steigt. Der Trend setzt sich fort. Für Österreich wird bis 2030 bei Männern im Durchschnitt ein Anstieg auf 81 Jahre erwartet, bei Frauen sogar von 83 auf 86 Jahre – ein toller Ausblick.

Was heißt das für die Politik? – Für uns ist es wichtig, auf die wachsende ältere Bevölkerung entsprechend vorbereitet zu sein, und das gilt ganz besonders in der Pflegevorsorge. Wo stehen wir? – Wichtiges ist schon gelungen, aber es gibt

auch noch einige Baustellen. Was ist gelungen? – Uns allen liegt der Ausbau der Hospiz- und Palliativbetreuung sehr am Herzen. Diesbezüglich wurde ein Sondertopf mit 90 Millionen € geschaffen, um den Ausbau voranzutreiben, damit niemand am Ende seines Lebens alleingelassen wird.

Was wünschen sich Menschen, wenn sie älter werden? – Sie wünschen sich, wenn erforderlich, Pflege und Betreuung in guter Qualität in ihren eigenen vier Wänden. Genau das abzusichern ist unser zentrales Ziel. Mit dem Bundespflegegeld ist eine Erfolgsstory in Gang gekommen. Schon jetzt werden 455 000 Personen unterstützt. Für jede Österreicherin und für jeden Österreicher ist Zugang zu leistbarer Pflege daher möglich.



Es gibt aber auch Baustellen. Wir brauchen dringend eine grundlegende Systemverbesserung, eine bundesweite Harmonisierung. Der Rechnungshof hat es ja ganz klagemacht, zum Beispiel in Kärnten, wo es viele verschiedene Tarife gibt, ein unübersichtliches Wirrwarr und unübersichtliche Strukturen. Da braucht es ein Gesamtkonzept.

Eine Erfolgsstory ist auch die 24-Stunden-Betreuung. Interessant im Sozialbericht zu lesen: In nur einem Jahr, von Mai 2015 bis Mai 2016, hat die Inanspruchnahme um 10 Prozent zugenommen. Wie schaut es mit der Qualität aus? – Das ist besonders interessant: Da braucht sich niemand Sorgen zu machen. Kontrollbesuche bescheinigen laut Sozialbericht in 99 Prozent der Fälle eine ordnungsgemäße und gute Betreuungsqualität.

Zur aktuellen Diskussion um die Anpassung der Familienbeihilfe an das Niveau der Länder, in denen die Kinder der Betreuerinnen leben: Da gibt es ja Befürchtungen, die Betreuerinnen würden dann zu Hause bleiben und nicht mehr hier in Österreich dem Job nachgehen

wollen. Bitte, fürchten wir uns nicht! Es gibt Daten der Wirtschaftskammer Österreich, wonach von den rund 60 500 selbständigen Betreuerinnen mehr als die Hälfte älter als 50 Jahre ist. Also über 50-Jährige haben nur selten kleine Kinder, für die Kinderbeihilfe bezahlt wird.

Wenn dennoch eine Lücke entstehen sollte – denn der Bedarf wird sowieso immer größer, durch eine wachsende ältere Bevölkerung entsteht immer mehr Bedarf –, dann motivieren wir doch Österreicher, in den Beruf der Personenbetreuung einzusteigen! Denken wir über Anreize nach! Wie können wir Österreicher dazu bringen?

Eine Agenturchefin, die Leiterin von gutbetreut.at hat mir gestern versichert, sie hat sehr viele Bewerberinnen, die diese Aufgabe in Österreich machen wollen, Österreicher, die in diesen Job einsteigen wollen. Das Motiv ist dabei, 14 Tage zu arbeiten und dann 14 Tage en bloc freizuhaben. Also vielleicht gibt es auch diese Fälle. Denken wir darüber nach! Denn dass jeder Mensch adäquate Pflege haben soll und muss, das ist unser Ziel, und daran arbeiten wir. – Danke.

POLITIK

Wien, 2. März 2017

NÖ Seniorenbund: Nowohradsky wiedergewählt – Korosec gratuliert

Korosec dankt ihrem Stellvertreter und dem ganzen NÖ-Team



Anlässlich der einstimmigen Wiederwahl von Landtagspräsident a.D. Herbert Nowohradsky zum Landesobmann des Niederösterreichischen Seniorenbundes übermittelt Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, ihre herzliche Gratulation. „Ich freue mich über die einstimmige Wiederwahl Nowohradskys. Die Führung der größten Seniorenorganisation des Landes Niederösterreich liegt bei ihm in den



besten Händen. Ich möchte ihm als meinem Stellvertreter auf Bundesebene meinen großen Dank für die langjährige Zusammenarbeit übermitteln und freue

mich auf die weitere Kooperation. Auch bei den ausscheidenden Mitgliedern bedanke ich mich herzlich", sagt Korosec.

Wien, 8. März 2017

Korosec gratuliert Rendi-Wagner: „Ausgezeichnete Zusammenarbeit fortsetzen“

Gesundheitspolitik besitzt für Seniorenbund-Mitglieder hohen Stellenwert

Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, gratuliert Pamela Rendi-Wagner, die als Gesundheits- und Frauenministerin die Agenden der leider viel zu früh verstorbenen Sabine Oberhauser übernommen hat, zu ihrer neuen Aufgabe.

„Ich bin überzeugt, dass die traditionell ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsministerium und Seniorenbund unter ihr eine Fortsetzung finden wird. Vor allem der Bereich Gesundheitspolitik besitzt für die Mitglieder des Seniorenbundes einen hohen Stellenwert“, betont Korosec.

Wien, 28. Februar 2017

1,5 Mio. Euro für VKI: Österreichischer Seniorenbund begrüßt Finanzierung

Korosec: „Regierungsbeschluss untermauert Wichtigkeit des Konsumentenschutzes“

Mit der heute im Ministerrat beschlossenen Finanzierung des Vereins für Konsumenteninformation VKI sieht Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, den Fortbestand des VKI gesichert. „Durch seinen Informations- und Unterstützungscharakter stellt der VKI eine überaus wichtige Institution für alle Konsumentinnen und Konsumenten dar. Mit dem Regierungsbeschluss zur Finanzierung des Vereins wurde eine langjährige Forderung des

Seniorenbundes erfüllt“, zeigt sich Korosec zufrieden. Der Beschluss untermauert die „zunehmende Wichtigkeit des Konsumentenschutzes in Österreich“. Als „unverzichtbaren Begleiter“ sei der VKI aus dem heutigen Konsumalltag älterer Menschen nicht mehr wegzudenken.

Der VKI erhält ab dem kommenden Jahr 1,5 Millionen Euro der jährlich vom Kartellgericht verhängten Bußgelder, so der Beschluss im Ministerrat.

SOZIALES

Wien, 8. März 2017

Seniorenbund begrüßt Unterstützung für Heimopfer

Korosec: „Staat lässt Betroffene nicht im Stich“

Für Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, ist der Beschluss im Ministerrat, ehemaligen Heimkindern, die Opfer von Missbrauch waren, einen monatlichen Betrag von 300 Euro zusätzlich zur Pension auszuzahlen, ein „wichtiger Schritt im Sinne zahlreicher

betroffener Seniorinnen und Senioren“. „Neben der finanziellen Unterstützung und der Gerechtigkeit für die Missbrauchsoffer geht es auch darum, diesen Personen die Gewissheit zu geben, dass sie der Staat nicht im Stich lässt“, ergänzt Korosec.

EUROPA

Brüssel, 8. März 2017

Becker: EU-Sozialgipfel überrascht mit positivem Ergebnis

Konkrete Maßnahmen für "Aktives Altern" im Arbeitsleben / "Davon profitieren alle"



"Positiv überrascht" ist Heinz K. Becker vom Ergebnis des heutigen EU-Sozialgipfels. "Obwohl die Gesetzgebungskompetenz hauptsächlich bei den EU-Mitgliedsstaaten liegt, haben die europäischen Sozialpartner heute "Aktives Altern" im Arbeitsleben mit einer Rahmenregelung und konkreten Maßnahmen beschlossen. Das ist ein wichtiger Schritt für die europäische

Beschäftigungs- und Sozialpolitik", so der ÖVP-Beschäftigungs- und Sozialsprecher im EU-Parlament. "Ein Arbeitsumfeld, das aktives und gesundes Altern fördert, führt zu einem Gewinn an Lebensqualität und Einsparungen im Gesundheitssystem. Davon profitieren alle", ist der Europaabgeordnete überzeugt. "Der Erfolg der heute beschlossenen Maßnahmen wird 2020 in allen Mitgliedsstaaten evaluiert. Die Politik der Prävention wird durch das Konzept des lebenslangen, gesunden Alterns nicht nur die Lebensqualität jedes Einzelnen deutlich verbessern, sondern kann auch immense Kosten im Gesundheits- und Pflegesystem sparen", freut sich Becker. Der Europaabgeordnete unterstreicht, dass das Konzept des "Lifetime Healthy Ageing" in der Phase des Erwerbslebens den höchsten Stellenwert besitzt, gerade wenn es davor in der Ausbildungszeit und danach im



Ruhestand professionell umgesetzt wird.

Becker hält es für wesentlich, dass der "EU-Sozialgipfel die europäische Arbeitswelt wesentlich altersfreundlicher

gestaltet". "Nur so können wir in Zukunft die Chancen des demographischen Wandels in Europa nutzen", betont der ÖVP-Politiker.

Brüssel, 3. März 2017

Becker: Der Sonntag soll arbeitsfreier Tag bleiben

„Nur erholte Menschen sind leistungsfähig“ / ÖVP im EU-Parlament unterstützt Initiative Europäische Sonntagsallianz

„Der Sonntag soll in ganz Europa arbeitsfreier Familientag bleiben. Denn er ist der Tag der Familie, der menschlichen Begegnung, des Kräftesammelns, der ganz persönlichen Freizeit. Das muss als wertvoller Beitrag für eine leistungsfähige Gesellschaft und Erholung erhalten bleiben“, so der ÖVP-Sozialsprecher im EU-Parlament, Heinz K. Becker. Mit seiner Unterschrift einer Verpflichtungserklärung unterstützt Becker im Namen aller ÖVP-Europaabgeordneten die europäische Initiative für einen arbeitsfreien Sonntag.

Für Becker stehen „arbeitsfreie Sonntage und menschenwürdige Arbeitszeiten nicht notwendigerweise der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft entgegen“. „Ein arbeitsfreier Tag ist keine Einschränkung der Wirtschaft. Ganz im Gegenteil: Nur erholte Menschen sind leistungsfähig“, so der ÖVP-Politiker.

Der ÖVP-Politiker weist auf die Notwendigkeit nachhaltiger Arbeitszeitmodelle hin. „Wettbewerbsfähigkeit

braucht Innovation, Innovation braucht Kreativität und Kreativität braucht Erholung. Der Mensch braucht einen Tag der Ruhe, um ein Gleichgewicht von Berufs- und Privatleben zu erreichen und damit die körperliche und seelische Gesundheit zu erhalten“, erklärt Becker.

Becker unterstützt die Europäische Sonntagsallianz aus rund 100 Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Kirchen und Sonntagsinitiativen sowie Jugend- und Sportverbänden in ganz Europa. Mit der Initiative verpflichten sich die teilnehmenden Europaabgeordneten, sich dafür einzusetzen, dass die EU-Gesetzgebung einen gemeinsamen wöchentlichen Ruhetag für alle EU-Bürgerinnen und Bürger respektiert und fördert.

Mehr Informationen zur Europäischen Sonntagsallianz:

<http://www.europeansundayalliance.eu>

Brüssel, 7. März 2017

Becker / Graswander-Hainz: EU fördert mit 6 Millionen Euro Special Olympics in Schladming

Partei- und länderübergreifende Zusammenarbeit in allen EU-Gremien

Als einen "Supererfolg für Österreich und für Menschen mit Behinderung" bezeichnen die österreichischen EU-Abgeordneten Heinz K. Becker (ÖVP) und

Karoline Graswander-Hainz (SPÖ) die Entscheidung der EU-Kommission, die diesjährigen Special Olympics Winterspiele



in Schladming mit 6 Millionen Euro zu fördern.

"Wir haben seit vielen Monaten dafür gekämpft. Wir haben letztes Jahr die notwendigen Änderungen im EU-Budget beantragt. Wir haben überall in Brüssel für Unterstützung geworben. Dies war eine partei- und länderübergreifende Zusammenarbeit in allen zuständigen EU-Gremien. Mein besonderer Dank gilt den Abgeordnetenkollegen Karoline Graswander-Hainz, Paul Rübiger und Jens Geier", so der Sozial- und Sportsprecher der ÖVP im EU-Parlament, Heinz K. Becker.

"Wir müssen weiter daran arbeiten, die Hürden von Menschen mit Behinderung vom Alltag bis zum Spitzensport abzubauen. Herausragende Athletinnen

und Athleten erzielen tolle Leistungen bei den Special Olympics. Es ist ein wichtiges Zeichen, dieses sportliche Highlight zu fördern. Denn Sport verbindet und trägt zur gesellschaftlichen Teilhabe bei", so die SPÖ-Europaabgeordnete Karoline Graswander-Hainz.

Die Special Olympics Winterspiele 2017 finden vom 14. bis 26. März in Schladming statt. Rund 2.700 Athleten mit Behinderung, 1.100 Trainer und etwa 5.000 Angehörige werden in der Steiermark erwartet. Die Teilnehmer aus der ganzen Welt werden sich in neun Sportarten an drei Austragungsorten messen. Im Vordergrund steht aber nicht der Wettkampf, sondern Inklusion und Hilfsbereitschaft

Brüssel, 27. Februar 2017

Becker fordert "Registrierung, wer wann wo nach Europa einreist"

Parlament stimmt über geplantes EU-Einreise-Ausreise-System ab / "Wir wollen volle Kontrolle über EU-Außengrenzen"

Eine "umfassende Registrierung aller Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen" fordert der Sicherheitsprecher der ÖVP im EU-Parlament, Heinz K. Becker.

"Wir müssen lückenlos wissen, wer wann wo nach Europa einreist, egal ob es sich um Drittstaatsangehörige oder EU-Bürger handelt", so der ÖVP-Politiker vor der heutigen Abstimmung im Innenausschuss des EU-Parlaments.

Am heutigen Nachmittag stimmt der Ausschuss über die Parlamentsposition zum geplanten europäischen Einreise-Ausreise-System für den Schengenraum ab. Becker kritisiert, dass es noch keine Mehrheit dafür gibt, nicht nur Grenzübertritte von Drittstaatsangehörigen, sondern auch von EU-Bürgern zu erfassen. "Die Terroristen von

Paris und Brüssel hatten europäische Pässe. Es reicht nicht, nur Drittstaatler zu registrieren", so der ÖVP-Politiker.

"Die Erfassung aller Reisedaten wird eine eindeutige Zuordnung und Wiedererkennung ermöglichen. Reisen im Schengenraum mit gefälschten Dokumenten wird dadurch quasi unmöglich. Wenn wir wissen, wer wann wo ein- oder ausreist, wird dadurch auch die Strafverfolgung deutlich erleichtert", betonte Becker.

"Wir wollen volle Kontrolle über unsere Außengrenzen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben von Politik, für die Sicherheit der Menschen zu sorgen. Dazu gehört auch ein Nachverfolgen, wer rein und raus kommt", so Becker.



Brüssel, 27. Februar 2017

Europäische Senioren Union (ESU)

Newsletter „Senior International“, Ausgabe 145

Jüngere und Ältere im Blick

Heinz K. Becker MEP erneut Vize-Vorsitzender in Parlamentsausschuss

Dem Abgeordneten Heinz K. Becker, Vizepräsident der ESU, wurde eine verdiente Anerkennung zuteil: Er kann seine Tätigkeit als Stellvertretender Vorsitzender im Beschäftigungs- und Sozialausschuss des EU-Parlaments fortführen.



Auf das Votum seiner Kollegen im Ausschuss gestützt, wird er sich eigenen Worten zufolge dem großen Anspruch an ein „Soziales Europa“ auch in der zweiten Legislaturhälfte stellen. Seine Wähler können sicher sein, dass er sein Mandat mit großem Ernst und ganzer Kraft wahrnimmt. Nach der Wiederwahl im Januar betonte er: „Sowohl die jungen Menschen als auch die älteren Arbeitnehmer und Senioren müssen in ihren Rechten und Chancen gestärkt werden“.

Heinz K. Becker gehört dem EP seit 2011 an. Er ist Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB) und Sozialsprecher seiner Partei, der ÖVP, die sich mit den Sozialdemokraten in einer Großen Koalition befindet.

Als Beispiele für sein Wirken im Europaparlament nannte Becker vor dem ESU-Exekutivkomitee Anfang Februar die unter dem Begriff „Europäische Säulen“ fixierten Ziele wie Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt, Verbesserte Lage der Jugendlichen, Ausgleich von Beruf und Freizeit, Qualifizierung älterer Arbeitnehmer und Soziale Inklusion.

Wenn auch die EU keine weitreichende legislative Kompetenz in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Prävention und aktives Altern besäße, könnte jedoch der

Erfahrungsaustausch der Regionen und Mitgliedsstaaten im Zusammenwirken von EU-Kommission und EU-Parlament „zu faszinierenden Projekten führen“, so Becker in einem Blog. Nicht zuletzt verlange der bevorstehende BREXIT Entscheidungen, zumal 3 Millionen Arbeitnehmer in Großbritannien aus anderen Ländern stammen und sie sich bislang über ihre Jobaussichten nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus der EU nicht sicher sein können.

AGE: ESU von Beginn an dabei

Ehrenpräsidentin Elisabeth Dispiaux-Cornil – unsere Frau bei AGE Platform Europe

Als „Stimme Älterer auf der EU-Ebene“ bezeichnet sich die AGE Platform Europe (kurz: AGE) selbstbewusst auf ihrer Homepage (info@age-platform.eu) - des Weiteren als „Netzwerk gemeinnütziger Organisationen von und für Personen über 50“. Seit Gründung von AGE im Januar 2001 ist die Europäische Senioren Union (ESU) Vollmitglied und Elisabeth Dispiaux-Cornil aus Belgien, ESU - Ehrenpräsidentin seit 2013, eine unserer Repräsentanten.



Elisabeth Dispiaux-Cornil (BE), Bildmitte, im Gespräch mit Vizepräsidentin Doz. Lidmila Nemcova (CZ) und Schatzmeister Etienne Vanderroost (BE). (Aufn.:UW/Febr.2017)

In ihrem Bericht vor dem Exekutivkomitee gab sie am 8. Februar einen Überblick

über herausragende Aktivitäten von AGE. Dazu zählen Schritte zur Durchsetzung der vom EU-Kommissionspräsidenten Juncker begründeten „Europäischen Säulen sozialer Rechte“ und des „International Madrid Plans of Action on Ageing“. Viele respektable Aktivitäten geschehen auf lokaler Ebene, resümierte Frau Dispoux, und verdienten Unterstützung von allen sozialpolitisch Verantwortlichen im Land.



2017
INTERNATIONAL YEAR
OF SUSTAINABLE TOURISM
FOR DEVELOPMENT

Das trifft auch auf alle Bemühungen zu, das für 2017 von den UN ausgerufenen „Internationalen Jahr des nachhaltigen Tourismus für die Entwicklung“ zum Erfolg zu bringen. Dafür arbeitet AGE mit dem Projekt EuroSen = „Europa für Senioren“ zusammen. Anfang April wird ein Kongress in Mailand veranschaulichen, welchen Anteil Touristen an der Belebung von größeren und kleineren Städten haben. Dabei werden ältere Reisende im Fokus stehen.

Kontakt: Ilena.gheno@age-platform.eu

Auch die Internationale Tourismusmesse (ITB) in Berlin greift dieses Thema auf, dem nicht zuletzt eine wirtschaftliche Bedeutung zukommt.

MENSCH sein – welche EHRE !

Gedankensplitter aus einem Vortrag von Marc Eysken

Von der ESU-Präsidentin An Hermans als „Wissenschaftler, Poet, Maler und bei allem, was er tut: Genießer“ vorgestellt, zündete der belgische Staatsminister Marc Eysken vor dem Exekutivkomitee und Gästen am 8. Februar als Vortragender ein Feuerwerk von Einsichten, Feststellungen und Ideen. Von der These ausgehend, der Wähler habe „gewählt, aber keine Stimme“, konstatiert er eine „wachsende Kluft zwischen Wissen und Gewusstem“, woraus er einen „gewaltigen Dauerauftrag für das Bildungswesen“ ableitet.



Von em.Prof. Dr. An Hermans eingeladen: Prof. Marc Eysken (Aufn.: UW/Febr.2017)

Als besondere Herausforderungen gelten für ihn Klimawandel und Bevölkerungsexplosion. In Europa werde der Bevölkerungsanteil unseres Planeten von 7 auf 5 Prozent zurückgehen. Die zu uns kommenden Flüchtlinge könnten – so Prof. Eysken – „gut begleitet hilfreich sein“. Er plädiert für eine genaue Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Asylsuchenden und sieht die Gefahr einer „Ghettoisierung“ der Migranten. Sein Gegenentwurf heißt „Von Multikulti zu Interkulti“ bei Beachtung universell gültiger Werte, wie sie die UNO-Menschenrechtskonvention 1947 festgelegt habe.

Mit dem Begriff „Tsunami von Erfindungen“ beschreibt er die Situation unserer Zeit. Dies führe gelegentlich dazu, statt „Vor Christus/Nach Christus“ jetzt „Vor PC/Nach PC“ zu sagen. Marc Eysken bezweifelt die Sinnhaftigkeit einer Entwicklung vom „Homo sapiens zum Homo robotiens“; durch Sprachcomputer in Miniformat sieht er die Bedeutung des Englischen als Weltsprache auf dem Rückzug. Am Ende seines Vortrags stellt Prof. Eysken – in die Runde seiner faszinierten Zuhörer blickend – beruhigend und zugleich ermutigend fest: „Es ist eine Ehre für uns, dem ‚Verband Mensch‘ anzugehören.“ Womit ein Jeder zur Bewahrung der Schöpfung und Gestaltung der Zukunft in die Pflicht genommen ist.

Marc Eysken, Jahrgang 1933, Professor an der Kath. Universität zu Leuven, an der er einst auch studiert hat. Er ist Mitglied der Partei CD&V. Im Jahr 1981 war er Ministerpräsident; als Minister – darunter für Auswärtige Angelegenheiten – gehörte



er mehreren Regierungen an. 1998 wurde ihm der Ehrentitel Staatsminister auf Lebenszeit verliehen.



Friedens- und Versöhnungsmarsch im Irak
Dazu ist in der Karwoche jeder Gutwillige willkommen

Das Menschenrechtszentrum e.V. (MRZ) Cottbus und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit Sitz in Frankfurt a. Main rufen zur Teilnahme an einem Friedens- und Versöhnungsmarsch im irakischen Kurdistan auf. Er soll von Palmsonntag (9. April) bis Ostermontag (17. April) stattfinden. Die Strecke ist 130 km lang. Der Marsch wurde von der Regierung der Autonomen Region Kurdistans schriftlich genehmigt, teilt Sylvia Wähling vom MRZ mit. Die Teilnehmer buchen und bezahlen ihren Flug nach Erbil selbst. Pro Person und Tag wird eine Gebühr von 80 EURO erhoben, mit der Vor-Ort-Kosten abgedeckt werden. Die Marschroute beginnt im christlichen Teil der Hauptstadt Ainkawa und endet im Kloster Rabban Hormizd aus dem 7. Jahrhundert unweit der christlichen Stadt Alqosh.

Im Aufruf heißt es, dass immer mehr ethnische und religiöse Minderheiten des Irak – vor allem Jesiden und Christen – das Land verlassen, aus Furcht vor weiteren Verbrechen durch den IS und weil wegen „vielfach schlechter Erfahrungen mit der islamischen Mehrheitsgesellschaft das Vertrauen zu Muslimen verloren“ gegangen ist. Mit dem Marsch und Aktionen unterwegs soll ein Weg zu Verständigung und Versöhnung gewiesen werden.



Im ehemaligen Zuchthaus Cottbus unterhält das MRZ eine Gedenkstätte, in der aller Opfer politischer Verfolgung zwischen 1933 und 1989 gedacht wird. Am Weltfriedenstag 2015 war Janusz Marszalek aus Polen zu Gast. Im Dezember des gleichen Jahres wurde dem Menschenrechtszentrum Cottbus für sein friedensstiftendes Wirken das Nagelkreuz von Coventry überreicht .2.v.r.: Sylvia Wähling, Gedenkstättenleiterin und Initiatorin des Friedensmarsches 2017.

Fotos: Korr./UW

Zur Teilnahme eingeladen wurde u.a. eine dreiköpfige Abordnung der Polnischen Senioren Union (PUS) unter Vorsitz von Janusz Marszalek, der auch Vizepräsident der Europäischen Senioren Union ist. Seine Organisation kooperiert seit einigen Jahren mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus, das auch von Mitgliedern der örtlichen Senioren-Union der CDU, die dem Verein angehören, seit längerem unterstützt wird.

Kontakt: Tel.: +49 (0)355 290 133 0;
sylvia-waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Den Hungertod abwenden !

Hungersnöte von riesigem Ausmaß breiten sich in ostafrikanischen Ländern aus. Experten sprechen von über 20 Millionen Betroffenen. Allein in Somalia, wo 5 Millionen Einwohner wegen anhaltender Bürgerkriege auf der Flucht sind, werden vermutlich 7000 Kinder sterben, wenn die Staatengemeinschaft nicht kurzfristig umfassende Hilfe leistet. Von den Folgen der Dürre, die dem Wetterphänomen El Nino geschuldet ist, sind auch Südsudan, Äthiopien und Kenia extrem betroffen.



Antonio Tajani (IT) , der neue Präsident des Europäischen Parlaments, hat der EU einen „Marshallplan“ für Afrika vorgeschlagen, mit dem durch Bereitstellung von Milliardenbeträgen Hilfe zur Selbsthilfe organisiert wird. Die Fluchtursachen sollten vor Ort bekämpft werden.

Minister Gerd Müller (DE) hat einen globalen Krisenfonds im Umfang von 10 Mrd. EURO gefordert, mit dem in Afrika Hilfsprojekte kurzfristig finanziert werden könnten. Er erörtert derzeit in Burkina Faso und Elfenbeinküste mit staatlichen Stellen weitere Möglichkeiten für die Vor-Ort-Verarbeitung der im Land produzierten Lebens- und Genussmittel, wodurch Jobs entstünden und der Armut entgegengewirkt wird.

Das deutsche Entwicklungshilfe-Ministerium stellt in diesem Jahr 100 Mio. EURO dafür bereit.

Plädoyer für Lebenslanges Lernen

Fortbildung sei auch für Bürger im fortgeschrittenen Alter eine Voraussetzung für ihr bürgerschaftliche Engagement, betonte die bayerische Sozialministerin Emila Müller in einem Interview mit SENetz (1-2017). Deshalb lasse sie der Seniorenakademie Bayern, die 2016 über 800 ehrenamtlich tätige ältere Bürger fortgebildet hat, besondere Förderung zukommen. Zur Vermeidung von Altersarmut sollten „vor allem Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Kinder einschränken“, besser abgesichert

werden. Die Ministerin kündigte für April eine Konferenz an, auf der die Kommunen ihre seniorenpolitischen Konzepte vorstellen. Dr. Thomas Goppel, Vorsitzender der CSU-Senioren-Union, beabsichtigt lt. SENetz, die „Sicherheit des Bürgers“ zum Leitthema für den diesjährigen Bundestagswahlkampf zu machen. Kontakt: sen@CSU-bayern.de

ESU-Kurznotizen

Der Jahresbericht der ESU für 2016 steht auf der Website der ESU in drei Sprachen (Englisch, Französisch, Deutsch) zur Verfügung: www.esu@epp.eu

Die erste ESU-Regionalkonferenz des Jahres – vom 10. bis 12. März in Prag - ist dem Thema „Lebensqualität der Senioren“ gewidmet und steht unter der Schirmherrschaft des Erzbischofs, Kardinal Dominik Duka.

Elmar Brok MEP (DE) hat den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments abgegeben; sein Nachfolger ist David Mc Allister. Der ESU und Senioren-Union bleibt Brok weiterhin verbunden.

Redaktion: ulrich.winz@web.de

ESU bei Facebook: [Facebook.com/esu.eu](https://www.facebook.com/esu.eu)

Twitter: [@esu.epp](https://twitter.com/esu.epp)

ESU im Internet (Homepage):
http://esu_epp.eu

Der Newsletter erscheint auf deutsch auch aktuell im Internet unter

<http://www.seniorenunion-info.de/>



Sie suchen einen Raum für ein Seminar, für eine Firmenklausur, oder ein Zimmer für einen Ausflug nach Wien mitten im Grünen und doch in Wien?

Dann sind Sie im **SEMINARHOTEL SPRINGER-SCHLÖSSL** genau richtig.
Das Springer Schlössl bietet gemütlich ausgestattete Zimmer
in absoluter Park-Ruhelage in der Nähe dem Schloss Schönbrunn
und ist auf Seminargäste spezialisiert.

**Unser Hotel ist besonders seniorenfreundlich
und eine Oase der Entspannung.**

Weitere Informationen bekommen Sie unter Telefon:
(01) 814-20/35, Fax: (01) 814-20/30 sowie auf der Homepage.

www.springer-schloessl.at